



Welche Parteien
stehen wofür?
Wir haben die Wahl!
Nutzen Sie Ihre
Stimme!

Eine Gegenüberstellung der
Wahlprogramme
zur BW-Landtagswahl
am 08. März 2026

Editorial

Liebe Mitglieder, sehr geehrte Damen und Herren,

Baden-Württemberg steht vor einer Richtungsentscheidung. Unser Wohlstand basiert auf der Kraft der Selbständigen und des starken Mittelstands. Doch die Herausforderungen wachsen: Eine moderne Landespolitik muss jetzt die Rahmenbedingungen für Freiheit und Wachstum sichern, statt sie durch Überregulierung zu bremsen.

Als Bund der Selbständigen Baden-Württemberg e.V. fördern wir den demokratischen Diskurs und setzen uns für eine hohe Wahlbeteiligung ein. Um Ihnen die Entscheidung zu erleichtern, haben wir die Positionen der relevanten Parteien analysiert.

Die folgende Synopse bietet Ihnen einen kompakten Vergleich dieser wirtschaftsrelevanten Positionen. Als Einleitung zur Gegenüberstellung haben wir unsere zentralen Forderungen thematisch zusammengefasst, um aufzuzeigen, wo die kommende Landesregierung echte Akzente für unsere Unternehmen setzen muss.

Nutzen Sie diese Übersicht als Orientierungshilfe für Ihre Stimme – für ein wirtschaftlich starkes Baden-Württemberg.

**Unsere dringende Bitte an Sie: Gehen Sie am 08. März 2026 wählen!
Nutzen Sie Ihre Stimme bei der Wahl unseres Landtages!**

Bettina Schmauder und Jan Dietz
Präsidenten des Bund der Selbständigen Baden-Württemberg e.V.



Inhaltsverzeichnis

Unsere Forderungen	S. 4
Wirtschaftspolitik	S. 6
Arbeits-/Sozialpolitik	S. 9
Finanz-/Steuerpolitik	S. 10
Nachhaltigkeit-/Klima	S. 11
Selbständige	S. 12
Weitere Themen	S. 13
Abkürzungsverzeichnis	S. 14

Ansprechpartner

Moritz Platen
Referent für politische Interessenvertretung
Mail: politik@bds-bw.de
Telefon: 0711 / 954 668 – 0

Otmar de Riz
Geschäftsführer
Mail: deriz@bds-bw.de
Telefon: 0711 / 954 668 – 12

Wir beziehen uns lediglich auf die veröffentlichten Wahlprogramme der Parteien und beziehen ausdrücklich keine anderen Veröffentlichungen oder öffentlichen Äußerungen in die Synopse mit ein. Die Sortierung der Parteien ergibt sich aus dem letzten Wahlergebnis der Landtagswahl 2021.

Alle Angaben und Information haben wir für Sie mit größter Sorgfalt zusammengestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit übernimmt der Bund der Selbständigen Baden-Württemberg e.V. keine Haftung.

Anfragen für Veröffentlichungen, auch auszugsweise, richten Sie bitte an unsere Geschäftsstelle.

Aus Darstellungsgründen, wurde im folgenden das generische Maskulinum gewählt. Jegliche Aussagen im folgenden, sollen jedoch ausdrücklich alle Geschlechter ansprechen.

Unsere Forderungen

Bürokratieabbau

Einjährige Pause für neue bürokratische Auflagen.
Eine konsequente Erfolgskontrolle bei bestehenden Regelungen
Für jede neue Vorschrift müssen mindestens zwei bestehende Regelungen entfallen.
Verwaltungsleistungen müssen vollständig digital umsetzbar sein bis 2031.
Dokumentationspflichten müssen reduziert werden → Selbstnachweise und stichprobenartige Kontrollen

Energiepolitik

Energiepreise müssen dauerhaft gesenkt und stabil gehalten werden.
Speichersystem und erneuerbare Energien müssen gezielt ausgebaut werden, damit auch bei Schwankungen genug bezahlbare Energie vorhanden ist.

Bauen & Infrastruktur

Genehmigungen von Bauverfahren müssen entschieden beschleunigt werden.
Straßen, Brücken und Bahnverbindungen müssen saniert und ausgebaut werden.
Eine flexible Flächenpolitik soll helfen, Gewerbeflächen bezahlbar zu machen und extra Bauprogramme für Mitarbeiter- bzw. Azubiwohnen zu ermöglichen.
Grunderwerbsteuer ist auf 3,5% zu senken.
Einleitung von Maßnahmen, die das Bauen merklich günstiger machen.

Bildung & Fachkräfte

Berufsausbildungen müssen gestärkt und genauso attraktiv wie ein Studium dargestellt werden (Echte Gleichstellung von beruflicher und akademischer Ausbildung).
Stärkere Verzahnung von Schulen und Unternehmen.
Berufsschulen modernisieren und Standards erhöhen - diese auch im ländlichen Bereich erhalten.
Ausbildungsprogramme speziell für kleine Unternehmen.
Gesicherte & verlässliche Finanzierung der Kommunen bei Betretung in Kita und Schulen.
Erfolgskontrolle & Weiterentwicklung der Welcomecenter.
Die Meisterprämie auf 3.000€ erhöhen, um Anreize zu stärken und Fachkräfte in BW zu halten.

Unsere Forderungen

Wirtschaftliche Sicherheit

Vergaberecht transparenter und KMU-freundlicher gestalten.
Zurückerstattung der rechtswidrig zurückgeforderte Corona-Soforthilfe jetzt.
Berichterstattungspflicht an das statistische Landesamt reformieren und Verpflichtung für Unternehmen abschaffen

Wirtschaftsstandort BW

Mobilität sicherstellen auf Straße & Schiene.
Erschließung von Gewerbegebieten erleichtern.
Wirtschaftspolitik ist Sozialpolitik: Klarer Fokus auf Ansiedlung von Zukunftstechnologien.
Innovationsgutscheine, Digitalisierungsprämien und Invest-BW verstetigen.
Förderprogramme zur Stärkung von IT-Sicherheit von KMU ausloben.
Klare Positionierung im Bund und EU für Stärkung von KMU insb. in Bezug auf Förderungen und Dokumentationspflichten.

Verwaltung

Förderprogramme müssen vereinheitlicht und bei einer zentralen Anlaufstelle gebündelt werden.
Verbindlicher Personalabbau in Verwaltungen.
Die öffentliche Verwaltungen müssen Maßnahmen zum Erreichen einer digitalen Souveränität einleiten.
Klarer Fokus auf IT-Sicherheit in Verwaltungen.

Beantragen Sie die Briefwahl und wählen Sie bequem von Zuhause oder gehen Sie am 08. März in Ihr Wahllokal!

Bekräftigen Sie durch Ihre Wahlbeteiligung Ihren Einsatz für unsere Demokratie!

Wirtschaftspolitik

	B90/Grüne	CDU	SPD	FDP	AfD	Die Linke
Investitions- und Innovationsförderung Gründungen, Unternehmensnachfolge	Technologiestrategie 2035 Fokus auf industrielle KI & Software-Engineering (S.8) Großflächige Investitionen in jegliche Form der Infrastruktur.	Hightech Agenda 2036 - Förderung von Schlüsseltechnologien (S.15) Reallabore als Sonderwirtschaftszonen (S.16)	“InvestBW” ausbauen, mit Fokus auf nachhaltige Geschäftsmodelle (S.7) Transformation in Schlüsselbranchen sichern (S.7) “Innovations-Offensive” (S.7)	Investitionen in Forschung (S.89) Wissenschaftsstandort international stärken (S.90) Austausch Wissenschaft/Wirtschaft erleichtern (S.90)	Haushaltseinsparungen um in Infrastruktur zu investieren (S.16) Aufbau eines landeseigenen “Baden-Württemberg-Fonds”, für Investitionen in Verkehrsinfrastruktur (S.28)	Umfassendes sozial & ökologisches Investitionspaket (S.35) Strukturfonds für industrielle Transformation in Höhe von 2 Mrd.€ pro Jahr (Mobilitätsbranche) (S.50)
	Ziel: digitale Gründung in 24h (S.12) Staatliche Programme wie bspw. “Start-up BW PreSeed” ausbauen (S.12) “Matching-Programm” zur Unternehmensnachfolge fortführen (S.11)	“Gründerland BW” - digitale Gründung in 48h & steuerliche Entlastung junger Unternehmer (S.14) Unternehmensnachfolge soll unterstützt werden (S.14)	Kommunale Gründerzentren stärken & Start-up Finanzierung ausbauen (S.9) Meistergründungszuschuss auf 20.000€ erhöhen (S.10)	One-Stop-Shop für Gründungen / Behördengänge digital bündeln (S.91) Spin-off-Fonds / mehr Wagniskapital durch Kofinanzierung (S.91) Freibeträge Erbschaftsteuer regelmäßig anpassen (S.118)	Gründungskultur stärken durch positives Bild bereits in der Schule. Unternehmensgründung vereinfachen durch Bürokratieabbau (S.98) Nachfolge vereinfachen durch steuerliche Entlastungen (S.100)	Keine Konkreten Maßnahmen zu privaten Gründungen oder der Unternehmensnachfolge.

Wirtschaftspolitik

	B90/Grüne	CDU	SPD	FDP	AfD	Die Linke
Bürokratieabbau	Entlastungsallianz fortführen (S.11) Bearbeitungsprozesse transparenter gestalten & Genehmigungen beschleunigen (S.11)	One-Stop-Shop-Prinzip einführen, um Behördenkontakte effizienter zu gestalten (S.13) Reduzierung von Berichtspflichten (S.13)	Zwei-jähriges Bürokratiemoratorium (S.7) Einführung "One-Stop-Shop" (S.7) Reallabore um neue Ansätze auszuprobieren (S.7)	Statistische Meldepflichten für Unternehmen <20 MA streichen/aussetzen (S.8) Förderwesen vereinfachen und vollständig digitalisieren (S.9) Einfacheres Vergaberecht (S.8)	Bürokratieabbau als Schwerpunkt – Entlastung von Unternehmen/ Kommunen (S.99) Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren verschlanken (S.120)	Bürokratie im Ehrenamt reduzieren & standardisieren (S.69)
Digitalisierung	BW soll das modernste/ digitalste Bundesland werden (S.8) Doppelstrukturen abschaffen & alle Verwaltungsakte über ein zentrales effizientes System ermöglichen (S.7)	Once-Only-Prinzip - Daten digital einmal angeben, Folgeabfragen, dann aus vorhanden Daten beantworten (S.101) Staatliche Unterstützung des Glasfaserausbaus, wo es sich privatwirtschaftlich nicht rentiert (S.102)	Einführung eines Digitalministeriums (S.43) Mehr digitale Autonomie für Baden-Württemberg (S.8) Digitalisierungsbudget i. H. v. 2% des Landeshaushaltes (S.44)	KI als Staatsbeschleuniger – Pilotprojekte in Verwaltung/ öffentlichem Leben (S.67) KI-Testfelder + flexibles KI-Budget im Landeshaushalt (S.67)	Digitalisierung ja – aber kritisch bei Datenschutz/ Überwachung (S.24) Behörden-Digitalisierung für Effizienz, weniger staatliche Aufgaben (S.21)	Flächendeckende Breitbandversorgung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge (S.11) Digitalisierung muss Arbeitsbelastung verringern und nicht Profite maximieren (S.30)

Wirtschaftspolitik

	B90/Grüne	CDU	SPD	FDP	AfD	Die Linke
Bau- & Flächenpolitik	Ansiedlungsstrategie optimieren, um Flächen effizient zu bewirtschaften (S.9)	Bauen im generellen erleichtern und vergünstigen (S.50) Baustandards flexibilisieren (S.50)	Wohnungsbau-offensive + bezahlbarer Wohnraum als Schwerpunkt (S.16–19) Genehmigungsverfahren beschleunigen / kommunale Unterstützung (S.18)	Radikales Bau-Bürokratieabbau-Paket / Baustandards senken (S.33) Bebauungspläne erneuern + mehr Bauland/Nachverdichtung ermöglichen (S.37)	Bauen erleichtern durch weniger Vorgaben, mehr Flächenbereitstellung (S.119) Kritik an Flächenbegrenzung durch Klima-/Naturschutzvorgaben (S.121)	Netto-Null-Flächen-Verbrauch ab 2030 (insbesondere für neue Gewerbegebiete (S.58) Baupflicht & Abrissgenehmigungspflicht für genehmigte Baugrundstücke (S.10)
Fachkräfte	“One-Stop-Shops” für Fachkräfte-Zuwanderung (S.8) Bessere Ausbildung von Fachkräften (S.15)	Meistergebühren abschaffen & Meisterprämie auf 3000€ erhöhen (S.12) Verfahren der Eingliederung ausländischer Fachkräfte beschleunigen (S.12)	Meistergründungszuschuss verdoppeln auf 20.000€ + Frist verlängern (S.10) Weiterbildungsfonds für KMU (20 Mio.) + schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse (S.10)	Bildungszeitgesetz einführen (S.7) Fachkräfteoffensiven (bspw. Realschule als “Fachkräfteschmiede” + Mitarbeiterwohnen/Azubi-Wohnheime stärken (S.7)	“Landesagentur zur Rückgewinnung von Fachkräften” (S.36) Spezielle Programme für Schulabgänger ohne Abschluss (S.94) “Meister statt Master” Förderung an Schulen (S.101)	Anerkennung ausländischer Abschlüsse (S.27) Kostenfreien Meisterbrief (S.27) Technikerweiterbildung in Voll- und Teilzeit ausbauen (S.27) Förderung der Ausbildung von Fachkräften für die Energiewende (S.55)

S. 8

Arbeits- und Sozialpolitik

	B90/GRÜNE	CDU	SPD	FDP	AfD	Die Linke
Arbeitsmarkt politik	Fachkräftegewinnung (inkl. Ausland), Qualifizierung/Weiterbildung, Programme zur Integration (auch Menschen mit Behinderung), Arbeitslosenförderketten (S. 13–14).	„Vorbildland für gute Arbeit“, starke Tarifbindung, Qualifizierung/Weiterbildung, Arbeitsmarktintegration (S.13).	Landesarbeitsmarktprogramm: sozialversicherungspflichtige Beschäftigung statt Arbeitslosigkeit. Anerkennung Auslandsabschlüsse (S.11)	Arbeitszeiten flexibilisieren, Reformen über Bundesrat, Fachkräfteintegration über Arbeit (S. 5/18).	Einsatz für eine Grundsicherung mit starken Sanktionen, um Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt zu bewirken (S.103)	Bessere Integration von Menschen mit rechtmäßigem Aufenthaltsstatus (S.38) Erwerbslose & Alleinerziehende durch öffentliche Beschäftigungen unterstützen (S.13)
Mindestlohn/ Tarifpolitik	Ausbau des Landestariftreue- und Mindestlohngesetzes, regionale Tarifverträge einbeziehen (S. 14).	Klare Aussprache für Tarifbindung/ Sozialpartnerschaft	Überarbeitung Landestariftreue- und Mindestlohngesetz (Vergabe nur tarifgebunden, vergabespezifischer Mindestlohn (S.10)	Ablehnung einer politischen Mindestlohnsetzung Landestariftreue-/ Mindestlohngesetz abschaffen (S.7)	Keine klaren Äußerungen - Lohnpolitik primär als Ergebnis wirtschaftlicher Rahmenbedingungen	Mindestlohn 60% des Medianeinkommens in BW & keine Mindestlohn- ausnahmen mehr (S.29) Landestariftreugesetz in allen Bereichen
Familienpolitik	Vereinbarkeit Familie/Beruf durch Ausbau Betreuung + familienbewusste Unternehmenskultur (FamilyNet etc.) (S. 13–14).	Verpflichtendes letztes Kita-Jahr + Sprachförderung, Familien stärken (S.34)	Gebührenfreie Kita, Ausbau Ganztag, verpflichtendes letztes Kita-Jahr (S.25)	Fokus auf Wahlfreiheit, Entlastung, bessere Rahmenbedingungen	Flexibilisierung von Arbeitsmodellen, um Familien zu unterstützen. Kostenlose Kitas für Kinder ab zwei Jahren (S.33)	Kostenfreie Kitas; Anspruch auf wohnortsnahen Kita-Platz ab 1. Lebensjahr (S.22). Schutz für jegliche Familienmodelle (S.43)

Finanz- und Steuerpolitik

	B90/GRÜNE	CDU	SPD	FDP	AfD	Die Linke
Grundsteuer	Grundsteuer C ermöglichen, um Bauland zu mobilisieren und Spekulation zu begrenzen. (S. 59)	Mehr Spielraum für Kommunen bei der Grundsteuer (kommunale Ausgestaltung/Steuierung). (S. 59)	Grundsteuerreform von Grün-Schwarz ablehnen; Reform sozial gerechter gestalten (S. 17)	Grundsteuer reformieren, Eigentümer entlasten; zurück zu fairer, planbarer Grundsteuer. (S. 38)	Völlige Abschaffung der Grund- & Erwerbsteuer (S.34)	Grundsteuer keine Angaben. Grunderwerbsteuer kurzfristig auf 6,5% erhöhen, mit gestaffelten Steuersätzen (S.35)
Kommunal-finanzen	Konnexitätsprinzip ernst nehmen („Wer bestellt, bezahlt“). (S.22) Pflichtaufgabenkatalog mit Kommunen prüfen. (S.23)	Kommunalfinanzen stabilisieren. (S. 57) FAG-Vorauszahlungen, zusätzliche Landesmittel; Ausgleichstock auf 350 Mio. € dynamisieren. (S. 57)	Kommunen jährlich 300 Mio. € mehr. (S. 55) Über Finanzausgleich Anreize für leistungsfähige Kommunalstrukturen setzen. (S. 55)	Konnexität präzisieren, Schlupflöcher schließen. (S. 116) Bundesmittel vollständig weitergeben; Förderkulisse reformieren. (S. 116)	Weniger Zweckbindung der Mittel. Ausgleichsumlage und Abhängigkeit vom Land reduzieren (S.15)	Schuldenschnitt für überschuldete Kommunen (S.36) Erhöhung des FAG. Konnexitätsprinzip einhalten (S.36)
Schuldenbremse	Offen für Reform der Schuldenbremse; Schuldenquote begrenzen, Investitionen ermöglichen. (S. 25)	Klares Bekenntnis zur Schuldenbremse (S. 58) Förderprogramme reduzieren, Spielräume für Investitionen schaffen. (S. 58)	Reform der Schuldenbremse + zusätzliche Bundesmittel, um Investitionsstau abzubauen. (S. 48)	Niedrige Obergrenze für Neuverschuldung, Neuverschuldungsverbot beibehalten; Großprojekte prüfen. (S. 117)	Keine Neuverschuldungen. Fonds im Rahmen der Schuldenbremse einführen, die sich aus Einsparungen finanzieren (S.9)	Schuldenbremse in der Landesverfassung abschaffen, um Investitionen zu ermöglichen (S.35)

Nachhaltigkeits- und Klimapolitik

	B90/GRÜNE	CDU	SPD	FDP	AfD	Die Linke
Allgemeine Klimapolitik	Klimaschutz- & Klimaanpassungs-gesetz, Sektorziele; Sachverständigenrat als Kontrolle. (S. 39) Energie-/Wärme-wende und Dekarbonisierung der Industrie vorantreiben. (S. 39)	„Wirksamer Klimaschutz statt Symbolpolitik“: technologieoffen, bezahlbar, planbar. (S. 36) Priorisierung nach CO ₂ -Einsparung pro Euro, kein „Gold-Plating“. (S. 36)	Klimaneutralität bis 2040 sozial gerecht gestalten (Härtefälle/Staffelm-odelle). (S. 37–38) KEA-BW als Planungs-/Beratungszentrum für Kommunen ausbauen. (S. 38)	Marktwirtschaftl. Klimapolitik; Maßnahmen nach CO ₂ pro investiertem Euro bewerten. (S. 10) CCS/CCU als Übergang ermöglichen. (S. 10)	Ablehnung von jeglicher Form der Klimapolitik & Verbote/ Einschränkungen seitens der Politik (S.83)	Klimaneutralität bis 2035, pro Jahr mind. 10% Emissionsreduk-tion (S.54) Investitionspro-gramm von 100 Mrd. € in Transportinfra-strukturwandel in den nächsten 10 Jahren (S.51)
Energiepolitik	Bürgerenergie stärken (Genossenschaften, Beteiligung als Akzeptanzmotor). (S. 41) Ausbau Erneuerbarer mit Bürgerinnen als Profiteurinnen (Bürgerenergie-gesetz). (S. 41)	Erneuerbare Energien breit & netzorientiert (PV, Wind, Biomasse, Geothermie etc.). (S. 16) Wettbewerb in Wärmeversorgung; Erneuerbare-Wärme-Gesetz abschaffen, Wärmeplanung verbessern. (S. 16)	Ausbau Erneuerbarer mit Infrastruktur verbinden; Investitionen in Netze, Speicher, Ladeinfrastruktur. (S. 37) Land soll aktiv in Netzausbau einsteigen, um Strompreise stabil zu halten. (S. 37)	Technologieoffen: Erneuerbare, Wasserstoff, Speicher sowie neue Kernenergie/Kern-fusion. (S. 49) Wasserstoffgesetz; Back-up-Kraftwerke (Gas/H ₂) + schneller Netz-/Speicher-ausbau. (S. 49–50)	Energieversor-gung über Kohle-Kraftwerke erhalten/ ausbauen. Schnellst-möglicher Wiedereinstieg in Kernenergie (S.83)	Rekommunali-sierung der Energie-versorgung (S.55) Energietarife, die geringen Verbrauch honorieren und hohen Verbrauch stärker belasten. Ausbau erneuerbarer Energien (S.55)

Selbständige

	B90/GRÜNE	CDU	SPD	FDP	AfD	Die Linke
Generelle Leistungen für KMU	Mittelstand/Handwerk/EH stärken, Bürokratie abbauen, Förderzugang vereinfachen (S.12)	Mittelstand als Rückgrat; weniger Bürokratie, schnellere Genehmigungen (S. 9)	KMU in Transformation unterstützen; Qualifizierung & Investitionen erleichtern	Entlastung von Bürokratie, schnellere Verfahren-Steuer-/Abgabenlast senken	Bürokratie abbauen, Energie & Standortkosten senken. Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit	Förderprogramme, die kleine Betriebe unkompliziert bei energetischen Umrüstungen unterstützen. Regionalwirtschaft fördern (S.12)
Öffentliche Aufträge	Vergabe stärker an Nachhaltigkeit/Tariftreue/soziale Standards koppeln. KMU-freundlichere Vergabe (S.11)	Vergabe entbürokratisieren; Verfahren beschleunigen, Mittelstand in Vergaben besser berücksichtigen (S.14)	Tariftreue in Vergaben ausbauen. KMU beim Zugang zu öffentlichen Aufträgen unterstützen (S.10)	Vergaberecht vereinfachen; weniger „fachfremde“ Kriterien, niedrigere Nachweispflichten. Schnellere, digitale Ausschreibungen	Vergaben entbürokratisieren. Öffentliche Aufträge stärker nach Preis/Leistung statt Zusatzkriterien (S.96)	Vergabe nur an Unternehmen, die sich ans Landestariftreugesetz halten (S.30). Vorrang für gemeinnützige Genossenschaften (S.31)
Standort Baden-Württemberg	Standort BW über Innovation, Klimaschutz-technologien, Infrastruktur & Fachkräfte sichern. Regionale Wertschöpfung in Transformation stärken (S.12)	Aktive Ansiedlungspolitik, Bürokratieabbau, Abgabenlast senken (S. 9). Wachstum & Industriearbeitsplätze in BW halten („Vorfahrt für Wirtschaft“) (S. 9)	Standortpolitik über Investitionen in Infrastruktur, Netze, Bildung, Industriearbeitsplätze sichern, Transformation sozial flankieren	Standort BW durch Technologieoffenheit, geringere Regulierung, schnellere Genehmigungen stärken. Forschung/Innovation und Gründungen als Wachstumsmotor (S.8)	Günstige Energie, weniger Bürokratie, Industrie und Handwerk priorisieren. Kritik an Standortbelastung durch Klima-/Auflagenpolitik (S.100)	Mitbestimmung der Belegschaft in der Automobilindustrie stärken (S.49). Senkung der Energiekosten (S.55). Energiewende als Standortchance (S.54)

Weitere Themen

	B90/GRÜNE	CDU	SPD	FDP	AfD	Die Linke
Landwirtschaft	Landwirtschaft ökologischer ausrichten; Flächenschutz/ Umweltstandards stärken Unterstützung für Betriebe bei Transformation	Landwirtschaft als eigenes Schwerpunktkapitel („Landwirtschafts-land“) (S. 55) Stärkung bäuerlicher Betriebe/ Regionalität; Planungssicherheit (S. 55)	Landwirtschaft als Partner in Klima-/Umwelt-politik; faire Erzeugerpreise/ Regionalität Unterstützung bei Umstellung/ Investitionen (S.38)	Entlastung der Landwirtschaft von Auflagen; praxistaugliche Regelungen Wettbewerbsfähig-keit der Betriebe sichern (S.12)	Heimische Landwirtschaft mit Zöllen schützen (S.63). Ablehnung zusätzlicher Klimavorgaben als Belastung für Betriebe (S.64)	Regionale Produkte und Vermarktung fördern (S.57) Kunstdüngereintrag reduzieren und alternative Anbaumethoden fördern (S.57) Bessere Förderhilfen, um Betriebe ökologisch umzustellen.
Wohnungs politik	Bezahlbaren Wohnraum ausbauen; kommunale/landes eigene Förderung stärken. Flächensparendes & nachhaltiges Bauen	Verfahren beschleunigen, mehr Wohnraum schaffen, Eigentum fördern (S. 50)	Bezahlbares Wohnen priorisieren; Wohnungsbau-offensive, Sozialwohnungsbau stärken Kommunale Instrumente gegen Spekulation/ Bodenpreise	Bauen beschleunigen: Standards senken, Bürokratie abbauen, mehr Bauland mobilisieren Eigentumsbildung erleichtern	Mehr bauen ermöglichen, durch weniger Vorgaben (S.119) Baden-Württemberg zum “Land der Eigentümer” machen	Sondervermögen “soziales Wohnen” in Höhe von 18 Mrd. € (S.8) Immobilienunter-nehmen mit mehr als 3.000 Wohnungen in öffentliches Eigentum eingliedern (S.7). Bundesweiten Mietendeckel einführen (S.8)

Abkürzungen und Quellen

Abkürzungen

CCS = Carbon Capture and Storage

CCU = Carbon Capture and Utilization

EH = Einzelhandel

FAG = Finanzausgleichzuweisungen

Quellen

Bündnis 90/Die Grünen

https://www.gruene-bw.de/wp-content/uploads/2025/12/GrueneBW_Landtagswahl2026_Wahlprogramm.pdf

CDU

<https://www.cdu-bw.de/regierungsprogramm/>

SPD

https://www.spd-bw.de/dl/spd_bw_Wahlprogramm_final.pdf

FDP

https://www.fdpbw.de/sites/default/files/resolutions/2025-10/0_Landtagswahlprogramm_2026_FDPBW.pdf

AfD

https://afd-bw.de/afd-bw/downloads/2026/landtagswahl-2026/AfD_WAHLPROGRAMM_BaWue_2026_DS_N.pdf

Die Linke

https://www.die-linke-bw.de/fileadmin/lv/parteitage/2024_9lpt/2025_9lpt_2tagung/2025_9lpt_3tagung/15.11.2025_Leitantrag_Landesparteitagebeschluss_final.pdf

Verantwortliche

Anbieter und verantwortlich für diese
Gegenüberstellung im Sinne
des § 5 Telemediengesetzes:

Bund der Selbständigen Baden-Württemberg e.V.
Stuttgarter Straße 20
70736 Fellbach
Telefon: 07 11 / 954 668 - 0
E-Mail: info@bds-bw.de

Vertretungsberechtigte:
Präsidentin Bettina Schmauder
Präsident Jan Dietz

Eintrag im Vereinsregister:
Registernummer VR 2910
Vereinsregister beim Amtsgericht Stuttgart
70049 Stuttgart

Verantwortlich für den Inhalt i.S.d. § 55 des
Staatsvertrages über Rundfunk und Telemedien (RStV):

Bettina Schmauder, Jan Dietz
E-Mail: presse@bds-bw.de